

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

185 (11.8.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 6.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Kreisvertrieblagen abgeholt 6 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile 8.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Pariser Pfuscharbeit vor der Vollendung

England zum Kompromiß bereit — Den großen Worten Lloyd Georges folgt eine jämmerliche Tat — Ein Kompromiß auf Kosten Deutschlands — Oberschlesien soll zum dauernden Unruheherd verstümmelt werden

Das Kompromiß in Paris scheint vor der Vollendung zu stehen oder inzwischen schon fertig zu sein. Es wird in der Hauptsache auf Kosten Deutschlands abgeschlossen werden. Den tönenden Redensarten Lloyd Georges am ersten Beratungstage ist, wie gewohnt, eine jämmerliche Tat gefolgt. Wir haben nicht viel besseres von Lloyd George erwartet. Wenn auch aus dem Nachrichtendurcheinander, das aus Paris herniederpurzelt, noch nicht ganz klar die Einzelheiten des Kompromisses zu erkennen sind, das unglückliche Oberschlesien liegt auf dem Obergericht der Macht, der Entente, die als bewährte Wächter in dem ober-schlesischen Leibe herumstreifen. Oberschlesien wird also auch in Zukunft den Brandherd für Unruhen bilden, Deutschland und Polen in schärfste Kampfstellung gegeneinander gedrängt, ohne daß einer der beiden Staaten mit dem ihm zugewiesenen Teile Oberschlesiens wirklich etwas rechtes anzufangen vermag. Frankreich wird die beabsichtigte Schwächung Deutschlands zum guten Teil erreichen und England hat dem Kontinent einen neuen Pantoffel hingeworfen, der den Kontinent nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Auf Grund des Deutschland gegebenen Besessens Oberschlesiens wird dann versucht werden, die auferlegten Zahlungen trotz alledem aus ihm herauszuwickeln. Das Kabinett Briand soll gerettet werden, auch das Kabinett Birrh; das letztere, damit die Verpflichtungen möglichst eingehalten werden. Im übrigen ist Deutschland und mit ihm schließlich auch Kontinentaleuropa aufs neue zerstückelt und gebeutelt. Was in Paris verübt wird in diesen Tagen ist schändliche politische Pfuscharbeit, die sich schwer rächen muß.

Die Rolle des amerikanischen Vertreters in Paris

II. Paris, 11. Aug. Der belgische Ministerpräsident Jaspar ist gestern morgen in Paris eingetroffen. Die Rolle des amerikanischen Vertreters in Paris. II. London, 10. August. Der Berichterstatter der „West Minister Gazette“ ist der Meinung, daß Garvey möglicherweise die Hauptpersonlichkeit in der Konferenz des Obersten Rates sein werde. Jedermann sehe auf die Stellungnahme Amerikas. Frankreichs Politik gehe jetzt darauf aus, nichts zu tun, was ihm in den Augen Amerikas schaden könne; denn je mehr Frankreichs Politik sich von der englischen entfernt, umso mehr verliere es an Amerika zu rücken. Niemand zweifelt daran, daß die Ansicht des Vorkonferenz Gremiums auf der Pariser Konferenz entscheidend für die Haltung Amerikas sein werde. Lloyd George habe den Vorteil auf seiner Seite, einen Vertreter Amerikas anwesend zu haben, der besonders Gelegenheit gehabt hat, den britischen Standpunkt zu beobachten. Man könne wohl sagen, daß Lloyd George alle seine Kräfte für die Pariser Konferenz mobilisiert habe.

„Intransigent“ folgendes mitteilen zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Posten zurückkehren, dann die militärischen Truppen an Ort und Stelle in Verteidigungsstand gebracht werden. Darauf werde man in Berlin und Warschau wissen lassen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortung auf sich nehme, wenn sie es zu Unruhen oder Massenbewegungen kommen lassen. Im übrigen sei noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekanntgeben werde.

Die Mogelei der Ententemachthaber um das Kompromiß

II. Paris, 10. August. Im Laufe des Nachmittags wird der Bericht der Sachverständigen vorgelegt werden, der wie anzunehmen ist, zu einer Verständigung zwischen Frankreich und England führen wird. Dieses Kompromiß wird hier so dargestellt:

Ueber das Kompromißwerk und die Haltung Englands und Italiens

Die Rede Lloyd Georges wird in der englischen Presse, „Morning Post“ und „Daily Herald“ eingeschlossen, allgemein gebilligt. Die „Times“ hält die Behauptung, daß die britischen Staatsmänner eine Verdrängung der Deutschen aus Oberschlesien nicht zulassen würden, für etwas übertrieben. Ganz allgemein wird offensichtlich auch außerhalb der Presse die scharfe Mahnung des englischen Regierungschefs an Frankreich gebilligt.

Ueber die Tragweite der Antwort Briands gehen die Meinungen auseinander, doch meldet der „Daily Chronicle“, daß die Konferenz die drei Grundzüge Lloyd Georges, auf Grund derer die Sachverständigen einen neuen Vorschlag machen sollen, einstimmig angenommen habe. Der in Lloyd Georges Formeln ausgedrückte Grundgedanke, daß die Entscheidung gemäß den ökonomischen Bedürfnissen zu fällen sei, was Paris bisher ablehnte, bedeutet als Willensausdruck der Konferenz auch materiell eine Annäherung an den englischen Standpunkt. Freilich: bestehen bleibt ein großer Teil der praktischen Schwierigkeiten, da jetzt zu prüfen ist, welche Bezirke denn nun eigentlich zur wirtschaftlichen Einheit des Industriegebietes gehören. Es steht jedoch fest, daß die englischen Sachverständigen die Einheit dieses durch deutsche Arbeit aufgebauten Wirtschaftsorganismus weitgehend anerkennen. Andererseits waren die englischen Experten und besonders die Londoner Regierung von Anfang an geneigt, nicht nur Ploß und Rybnitz, sondern außerdem auch eine nach englischer Meinung für die ökonomische Einheit des Industriegebietes nicht unentbehrlichen Gebietsstreifen im Osten des Dreiecks Polen zuzuwiesen. Die englischen Sachverständigen räten neuerdings „in den Fall einer Verständigung mit ihren französischen Kollegen bereit gewesen, das Gebiet um Lublitz und Sandowitz an Polen zu geben, wie kürzlich schon angedeutet wurde.

Die Vormittagssitzung am Mittwoch

II. Paris, 10. Aug. Die Vormittagssitzung des Obersten Rates begann um 11 Uhr im Ministerrat des Außenbüros. Briand gab bekannt, daß die Sachverständigenkommission für Oberschlesien ihre Arbeiten nicht vor 7 Uhr heute abend beenden haben wird. Unter diesen Umständen wird der Oberste Rat erst morgen die ober-schlesische Frage besprechen. Der Oberste Rat beschäftigte sich sodann mit der Orientfrage und besonders mit dem Problem der Neutralität gegenüber Griechenland und Türkei. Briand vertrat den Standpunkt, die alliierten Regierungen haben beschlossen, im griechisch-türkischen Konflikt eine absolute Neutralität zu bewahren. Wir haben uns in Paris geeinigt, am Konflikt nicht durch Entsendung von Hilfe in der Form von Truppen, Waffen oder durch Gewährung von Krediten teilzunehmen, ohne daß jedoch diese Entschliebung die Handelsfreiheit beeinträchtigen darf. Ferner beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage der Mobilität und nahm folgende Entschliebung an: Die alliierten Regierungen referieren die Möglichkeit, ihre Vermittlung anzubieten; sie sind der Ansicht, daß der Augenblick für eine solche Intervention, wenn sie Erfolg haben soll, noch nicht gekommen ist.

Kompromiß auf der Grundlage der abgeänderten Sforza-Linie

Eine private Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris besagt folgendes: Der Oberste Rat wird nicht auseinandergehen, ohne die ober-schlesische Frage geregelt zu haben. Der Weg zu einer Verständigung ist gefunden; welcher Art sie sein wird und ob das Kompromiß, das aus den Beratungen der Sachverständigen, die gestern wieder aufgenommen wurden und heute fortgesetzt werden, herauskommen wird, den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands in dem Umfang Rechnung tragen wird, wie man es nach der ersten Rede Lloyd Georges zu erwarten berechtigt wäre. — diese Frage wird erst der Verlauf des heutigen Tages beantworten. Die Grundlage der Verständigung ist die, daß man auf englischer Seite das Prinzip der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufgegeben hat, während Frankreich den englischen Standpunkt angenommen hat, daß die südlichsten Industriezentren des Zentralreviers, die sich in ihrer Mehrheit für Deutschland ausgesprochen haben, dem Deutschen Reich zugesprochen werden müßten und daß, um keine Entfallen entstehen zu lassen, ein Teil des sie umgebenden Gebietes trotz der polnischen Mehrheit diesem Industriegebiet angegliedert werden müsse.

Die Nachmittagsitzung am Mittwoch

II. Paris, 10. Aug. Der Oberste Rat hat in seiner Nachmittagsitzung technische Fragen geprüft betr. die Tätigkeit der Kontrollkommission, besonders betr. die aeronautische Kontrollkommission. Die internationale Militärmission ist aufgefordert worden, den Regierungen einen Bericht über die aufgeworfene Frage vorzulegen. Im zweiten Teil seiner Sitzung hat sich der Oberste Rat mit der durch die Hungernot in Rußland hervorgerufenen Situation beschäftigt. Es ist beschlossen worden, die Bildung einer internationalen Kommission zu veranlassen, die die Möglichkeit einer Hilfsaktion für die ausgehungerte russische Bevölkerung prüfen soll. Die Debatte über diese Frage wird heute morgen fortgesetzt.

Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen-Kommission

II. Paris, 11. Aug. Nach Schluß der Sitzung der Sachverständigen verbreitete sich in Paris das Gerücht, daß innerhalb der Sachverständigenkommission ernste Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung des Industriegebietes herorgezogen sind. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates demnach Briand das Gerücht. Es liege keine Uneinigkeit vor, erklärte der Ministerpräsident, aber die Tätigkeit der Sachverständigen ist heikel und schwierig. Nach Mitteilungen einer französischen Nachrichtenstelle „bezügliche“ es sich andererseits, daß die Sachverständigen sich auf die Demarkationslinie des Grafen Sforza zu einigen scheinen.

London, 10. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“

meldet aus Paris, man näherte sich einer Lösung des ober-schlesischen Problems. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der Oberste Rat bereits eine Regelung der ober-schlesischen Frage erzielt habe. Die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festsetzung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden, statt von Osten nach Westen verlaufe. England müsse in dem Industriegebiet Voben an Polen übertragen und Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebietes von Ploß und Rybnitz Deutschland zugeschieben. Ein Punkt der Einordnung gemacht habe, sei, daß in etwa 15 Jahren das Industriegebiet wahrscheinlich schon viel weniger wirtschaftlich wert sein würde, während der nicht ausgebeutete südliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde.

London, 10. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“

schreibt, die englischen Sachverständigen hätten außer der Persival-Linie die Polen mit Ploß und Rybnitz nur einen geringen Teil des Industriegebietes im Nordwesten zuweist, noch weitergehende Vorschläge bereitgehalten, die einen Verlust darstellen, Polen für den Verlust des ganzen Industriegebietes zu entschädigen. Durch Abtretung eines beträchtlichen Gebietes im Norden um Lublitz herum und ein weiteres Gebiet im Westen von Sandowitz. Als einen Beweis für die wenig klare Haltung der französischen Sachverständigen führt der dipl. Berichterstatter des „Daily Telegraph“ an, daß bei den vorläufigen Besprechungen die französischen Sachverständigen so weit gingen, vorzuschlagen, daß England den Polen einen großen Teil des Industriegebietes zuspreche, wofür Frankreich an Deutschland eine Anzahl polnischer Landgemeinden überweisen wolle, die England vollkommen bereit war, wegen ihrer polnischen Bevölkerung Polen zuzuwiesen. Wenn dieser Kompromiß zustande komme, so würde der Erfolg der sein, daß Polen eine geringere polnische Bevölkerung erhalte als England ihm zu geben bereit sei.

Paris, 10. Aug. Ueber das Verfahren, das die Alliierten bei der Festsetzung der ober-schlesischen Grenze durch Beschluß des Obersten Rates einzuschlagen gedenken, glaubt der

„Frankfurter Zeitung“ folgende Mitteilung zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Posten zurückkehren, dann die militärischen Truppen an Ort und Stelle in Verteidigungsstand gebracht werden. Darauf werde man in Berlin und Warschau wissen lassen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortung auf sich nehme, wenn sie es zu Unruhen oder Massenbewegungen kommen lassen. Im übrigen sei noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekanntgeben werde.

Seite 8
MPP
gerbst
ffee
Preislagen
abgepackt
chung
-25-30%
unkauftee
Pakete.
ffee-
satz
Lohnstoffe
Pakete.
N RIMDD
BRUHE
FGRASSTRECKEN
SCHWÄNDUNG
ENTFABRIK
MÜHLEN
halten
lital!
nen Dre
reigenen
bet Herrn
freund.
der Sdbd.
stisched.onto
iter einge
Rf. 100 M.
16. 177 M.
Arzt. Reil
vorm. K.
meindekasse
dey. Haus
elt) 200 M.
M. Herr
n Sand A.
zu Jennet
erwählungs
6 M. Herr
s hier 5 M.
eilung hier
n-Melalin-
stärkernar
Hrau F. K.
trag einet
n Jacques
M. Herr
Stlungen.
le und Be-
schl. Hoch-
nderverein
hr 687 M.
Gaben der
f. 5478
eimattreuef
Z.
on 5111
Aug.
adscha
Droop
Feltz
Nison
cht des
ist die
ngenent
ecarli
ngwall
vorstel-
a.

Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes

Aus den Berichten geht ein ganz unzweideutig hervor: So sehr die französische und die englische Meinung noch voneinander abweichen, so wenig besteht für Deutschland irgend eine Aussicht, das gesamte oberösterreichische Abstammungsgebiet zu behalten. Auch die englischen Sachverständigen sprechen sich für die Zuteilung der Kreise Bleß und Rybnik an Polen aus und damit dürfte die letzte Hoffnung für uns schwinden, diese zukunftsreichen Bezirke Oberösterreichs beim deutschen Reich zu verbleiben zu sehen. Mit dieser Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit hatte man in Deutschland, besonders in den führenden politischen Kreisen, bereits gleich nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses gerechnet. Ob es demnach politisch klug war, die schematische Parole der Unteilbarkeit ganz Oberösterreichs auszugeben, lassen wir dahingestellt. Vielleicht sprach dabei eine gewisse Rücksicht auf die deutsch-nationale Demagogie mit, die sonst den Regierungsparteien vorgebeugt hätte, deutsches Land samtlos preiszugeben.

Indessen darf man es der Sozialdemokratie nicht zum Vorwurf machen, daß auch sie bis zuletzt nach außen für die Unteilbarkeit Oberösterreichs eingetreten ist. Ritzsch sprach in einer Berliner Volksversammlung unter Genosse Dr. Köster über die Unteilbarkeit Oberösterreichs und ein Argument, das er damals anführte, verdient besondere Beachtung. Er sagte etwa: Man beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, um die Notwendigkeit einer Abtretung einzelner Kreise Oberösterreichs an Polen zu begründen. Man vergißt dabei ganz, daß eine volle Million deutschsprachender — und fühlender Menschen durch das Versailler Diktat zu Polen geschlagen wurden und zwar ohne Volksabstimmung. Und wäre es denn danach noch eine furchtbare Ungerechtigkeit, wäre es nicht vielmehr ein sehr nützlich Gegengewicht, wenn 470000 Polen in Deutschland bleiben würden? Er schloß mit den Worten: „Wenn schon Gerechtigkeit, dann doch auf beiden Seiten!“

Besonders die französische sozialistische Presse hat es in den letzten Wochen unserer Partei besonders verübelt, daß sie an dem Gedanken der Unteilbarkeit festhielt und dies im Gegensatz zu diesen Musterknaben, den deutschen Unabhängigen, die Bleß und Rybnik längst preisgegeben hätten. In Vorwürfen von französischer sozialistischer Seite sind wir nachgerade gewöhnt und wir haben schon längst aufgehört, uns darüber aufzuregen. Indessen möchten wir gerne wissen, was die französischen Sozialisten auf das Argument des Genossen Köster zu erwidern hätten. Etwa, daß sie seinerzeit mit unwiderstehlicher Wucht gegen die Abtretung Polens und Westpreußens ohne Volksabstimmung protestiert hätten? Oder etwa, daß sie überhaupt seit jeder allen anderen Parteien Europas mit dem Beispiel der internationalistischen Gesinnung und Opferfreudigkeit vorangegangen seien? Wir wollen offen reden: Wir sprechen den französischen Sozialisten das moralische Recht ab, sich als Lehrmeister und Schiedsrichter uns gegenüber aufzuspielen. Wochenlang hat die sozialistische Presse Frankreichs nach dem Ausbruch des Korfanti-Muffandes die Sachlage so dargestellt, als handle es sich mehr um eine soziale als um eine nationalpolitische Bewegung und als stünden lediglich großkapitalistische Interessen deutscher und englischer Industriekreise der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf dem Wege. Von den französischen kapitalistischen Interessen, die damals ihre Hand im Spiele Korfantis hatten, war dort niemals die Rede. Erst sehr spät wurden sie durch die Aufsätze des Sonderberichterstatters des Vorier „Populaire“, des Genossen Cauchy, über die himmelschreiende Parteilichkeit der französischen Besatzungsbehörden und über die latäplichen terroristischen Ergriffe der Anführer aufgeklärt. Und dennoch mögen sie sich noch immer die Rolle des Lehrmeisters unserer

Partei gegenüber an. Ebenso die belgischen Genossen, die es dulden, obwohl sie selbst Regierungspartei sind, daß die Komödie von Selbstbestimmungsrecht, die in Eupen und Malmödy gespielt wurde, nunmehr in der Form sanktioniert wird, daß den deutschsprachenden Einwohnern dieser beiden Kreise das Wahlrecht zum belgischen Parlament einfach entzogen wird!

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nur ein Schlagwort, weil es im absoluten Sinne undurchführbar ist. Dieses Recht findet nämlich seine Grenzen in den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der Staaten. Die Tschechen haben ganz recht, wenn sie sich dem Anschlußdrang der Deutschböhmen oder Deutschmähren widersetzen, weil die Tschecho-Slowakei in der Tat ohne die Industriegebiete Nord-Böhmens und Mährens nicht lebensfähig wäre. Und doch würden wahrscheinlich 95 Prozent der Deutschböhmen für den Anschluß an Deutschland stimmen. Ebenso wenig kann man den Deutschen Siebenbürgens oder des Banats das Selbstbestimmungsrecht gewähren. Und weil man eben dieses Selbstbestimmungsrecht immer nur dann anwenden will, wenn es sich gegen das deutsche Reich auslegen läßt, deshalb empfinden auch wir deutsche Sozialdemokraten die Zuteilung von Bleß und Rybnik an Polen als eine Ungerechtigkeit. Wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker undurchführbar ist, muß es durch einen wirksamen Schutz der nationalen Minderheiten ergänzt und ersetzt werden und wir behaupten nach wie vor, daß in dieser Hinsicht die deutsche demokratische Republik mehr Garantien bietet als die Warschauer Regierung.

Zum 11. August!

Am 11. August 1919 wurde die Verfassung der deutschen Republik rechtskräftig. In ihrem diesjährigen Geburtsstunde wird in Berlin im Opernhaus eine Verfassungsfeier abgehalten, bei der der würtembergische Staatspräsident Hieber eine Rede über den Gedanken der neuen Reichsverfassung halten wird. So sehr das Bestreben der Reichsbehörden, wenigstens ihre höchsten Beamten mit dem Gedanken der neuen Reichsverfassung bekannt zu machen, zu begreifen ist, so sehr muß bedauert werden, daß dieser Tag amtlich nur in so engem Kreise gefeiert wird.

Die Monarchie hat es glänzend verstanden, jede Gelegenheit auszunutzen, um für sich mit Paraden und großen öffentlichen schwarz-weiß-rotem Tannam Propaganda zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Republik es nicht nötig hat, mit derartigen Mitteln ihre Existenz zu festigen. Wir sind davon überzeugt, daß sie sich durchsetzen und daß sie leben wird. Aber dennoch halten wir es nicht für überflüssig, daß man wenigstens einmal im Jahre Gelegenheit nimmt, die Republik und ihre Verfassung zu feiern. Beide sind nicht ganz nach unserem Geschmack, sie sind auch nicht unser Ziel, sondern nur eine Etappe, auf dem langen Marsch zu diesem Ziel.

Früher feierte man in den Schulen Kaisers Geburtstag und Sedan, heute werden noch alle möglichen kirchlichen Feiertage durch den Ausfall des Schulunterrichts förmlich begangen, nur zu einer republikanischen Feier hat es in der Republik noch nicht gereicht. Wenn man schon den 9. November und auch den 1. Mai nicht als Nationalfeiertag bestimmen will, so soll man doch wenigstens den Tag, an dem die deutsche Republik gewissermaßen offiziell ins Leben trat, nicht so lang- und langlos vorbeiziehen lassen. Eine schlichte und würdige Feier in den Schulen und Kasernen, ein ebenso ernster und würdiger Vortrag vor den Beamten der Republik würden der letzteren keinen Abbruch tun, sondern recht vorteilhaft für sie sein.

Die Deutschnationalen, die Deutschpolen und sonstige Anhänger der alten „herrlichen Zeiten“ feden bei jeder Gelegenheit ihre schwarz-weiß-rote Fahne zum Fenster hinaus. Die Kampf gegen die Fahne der Republik kennt keine Massen. Die Behörden der Republik haben erst zweimal, am 11. August 1919 und am 21. März 1921, bei der Verabschiedung der Reichsverfassung und nach dem Abstimmungsieg in Oberösterreich, ihre Fahnen gezeigt. Der Verfassungstag ist die beste Gelegenheit dazu, sie wieder herbeizuholen. Dieses Beispiel würde sicher von vielen Republikanern nachgemacht werden, und wir könnten

so den 11. August zu einer wirksamen Flaggendemonstration machen. Aber das soll nicht der Inhalt und nicht der Zweck des Verfassungstages sein. In den Herzen der Jugend und in den Herzen des ganzen Volkes sollte an diesem Tage der republikanische und demokratische Gedanke aufs neue geweckt werden. An diesem Tage sollte Deutschland der ganzen Welt zeigen, daß es anders geworden ist, daß die alten Gewalten abgewirft sind, und daß die große Mehrzahl aller Deutschen treu auf dem Boden der Verfassung steht und bereit ist, das Leben der Republik gegen alle Mächte der Vergangenheit zu verteidigen.

Die Forderung — Gehaltsbewegung der Beamten und Arbeiter

Die unmittelbar bevorstehende Erhöhung der Getreide- und Brotpreise und die im Gefolge der neuen Steuerlast erwachsende weitere Vertenerung der Lebenshaltung haben, wie die „Frankfurter Ztg.“ meldet, bei den Eisenbahnarbeitern und „Angestellten und den großen Beamtenorganisationen Bestrebungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter neu in Gang gebracht. Der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund, die Eisenbahnorganisationen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, haben sich in ihren zuständigen Organen schon seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt. Am 5. August fand auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der vier Spitzenorganisationen statt, in der die Angelegenheit beraten wurde. Als Ergebnis der Konferenz kam die Wichtigkeit zum Ausdruck, sobald die Grundlagen für gemeinsame Forderungen und für ein einheitliches Vorgehen herzustellen. Zu diesem Zweck werden sich die einzelnen beteiligten Verbände, soweit das nicht schon geschehen ist, in diesen Tagen über die Forderungen schlüssig machen. Am heutigen Donnerstag soll dann eine zweite gemeinsame Beratung sich mit der Auffstellung des gemeinschaftlichen Programms befassen. Möglicherweise werden bereits in diesen Tagen die Vertreter der Organisationen mit dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister Fühlung wegen der Verhandlungen mit der Reichsregierung aufnehmen. Neben diesen vom Deutschen Beamtenbund eingeleiteten Verhandlungen haben heute bereits die verschiedenen Eisenbahnverbände, in denen die Mehrzahl der Eisenbahnarbeiter und unteren Angestellten organisiert ist, Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Aktion zur Erhöhung der Löhne begonnen.

Die Halleschen Richter als „Hüter der Staatsautorität“!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte vor einiger Zeit die Nachprüfung sämtlicher Sondergerichtsurteile, soweit es sich um die Verurteilung der am mitteldeutschen Kommunismus beteiligten handelte. Dieser Antrag wurde angenommen und in Ausführung desselben hat der Reichsjustizminister einen entsprechenden Erlass herausgegeben. Die Halleschen Richter haben jetzt gegen die Anordnung ihrer obersten Reichsbehörde eine Entschiedenheit gezeigt, in der es unter anderem heißt:

Bei der Bevölkerung wird der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. So stellt der Erlass einen Eingriff in die Rechtspflege dar, der geeignet ist, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, die Wiederherstellung der Staatsautorität zu erschweren und die verfassungswidrigen Elemente zu gewaltsamen Vorgehen zu ermutigen. Zur Verhütung der Halleschen Richter sei zunächst festgestellt, daß der übergroße Teil der Urteile der Sondergerichte bereits den Eindruck hat, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht sind und deshalb dieser Eindruck gar nicht mehr erweckt zu werden braucht! Der übrige mußten aber die Feststellungen, daß der ganze Erlass „einen Eingriff in die Rechtspflege“ bedeutet und die Wiederherstellung der Staatsautorität“ erschwert äußerst forderbar an! Wo bleiben die Herren Richter dann mit ihren Feststellungen, als die Kaputt amnestiert wurden? Wenn dieser die „Wiederherstellung der Staatsautorität“ überhaupt schwerer wurde, so hat ein großer Teil der deutschen Richter durch geradezu haarsträubende Urteile hierzu beigetragen. Der Protest der Halleschen Richter bezieht sich nur in der Auffassung, daß eine kalte und gründliche Reform der Justiz notwendig ist.

Manon Lescaut

19 Roman von E. F. Zola (Fortsetzung.)

Nachdem die Geistlichen sich mit Herrn v. G. M. auseinandergesetzt hatten, um ihm das Geleite zu geben, blieb der Superior mit mir allein und bat mich, ihm offenherzig zu sagen, was diese Ausschreitung veranlaßt habe. O, mein Vater! rief ich meinend aus, denken Sie sich die schändlichste Grausamkeit, die undenkbarste Barbarei, und Sie haben die Schändlichkeit gefunden, die dieser Mensch begehen konnte. O, er hat mein Herz gebrochen. Das überlebe ich nicht! Aber, ich will Ihnen alles erzählen, fügte ich unter Schluchzen hinzu. Sie sind gut, Sie werden Mittel mit mir haben.

Nun gab ich ihm eine gedrängte Schilderung meiner heftigen, unbewingbaren Leidenschaft für Manon, von der glänzenden Lage, in der wir lebten, bevor unsere Diener uns ausplünderten, von den Anträgen, die G. M. Manon stellte, von dem Abschluß dieses Handels sowie von der Weise, in welcher der Vertrag später gebrochen worden war. Allerdings schilderte ich alles in den uns günstigsten Farben. Daher stammt Herr v. G. M.'s Sorge für meine Befreiung! Ich sah. Sein Einfluß reichte hin, mich hier aus reinem Mitleid einkerkeln zu lassen. Dies kann ich Ihnen versichern. Aber es ist nicht alles, mein Vater! Er ließ auch meine bessere Hälfte von mir losreißen und sie schmachtvoll ins Hospital werfen — ja er trieb die Unverschämtheit so weit, es mir heute mit eigenem Munde zu erzählen. Im Hospital! O Himmel! Meine bezaubernde Geliebte, mein angebeteter Engel im Hospital, wie das schändlichste aller Geschehnisse! Wo soll ich Kraft hernehmen, nicht vor Schmerz und Scham zu sterben?

Da der gute Vater mich in solcher Verzweiflung sah, bemühte er sich, mich zu trösten. Er teilte mir mit, wie er bisher der Ansicht gewesen war, Herr v. G. M. sei freundschaftlich mit meiner Familie verbunden, und deshalb über meine Verleumdung empört. Was ich ihm jetzt sage, ändere die Sachlage und er hoffe, sein wahrheitsgemäßer Bericht an den Polizeipräsidenten werde mir bald die Freiheit wiedergeben.

Darauf fragte er mich, warum ich noch nicht daran gedacht hätte, meiner Familie Nachricht von mir zu geben, da sie doch an meiner Verhaftung keinen Anteil habe. Ich entschuldigte mich damit, daß ich meinem Vater diesen Schmerz, mir die Schande habe ersparen wollen. Endlich versprach er, sich augenblicklich zum Polizeipräsidenten zu begeben, wäre es auch nur, fügte er hinzu, um einem schätzeren Bericht des Herrn v. G. M. entgegenzukommen, der dieses Haus in sehr böser Stimmung ver-

lieh und Ansehen genug genießt, um gefürchtet werden zu dürfen.

Ich erwartete die Rückkehr dieses guten Mannes in der Aufregung eines Menschen, der auf sein Todesurteil harret. Wir Manon im Hospital zu denken war unsagbare Qual. Käufer der Schmach, die diesem Orte anlebte, wußte ich nicht, welche Behandlung man dort geben; und einleines, was ich von diesem Schreckensansehen habe gehört hatte, verneinte meine Besorgnisse nur. Der Entschluß, sie zu befreien, stand so fest in mir, daß ich Saint-Lazare in Brand gesteckt haben würde, so ich kein anderes Mittel fand, aus ihm zu entkommen.

Erst dachte ich nach, was ich unternehmen müßte, falls ich doch in Gefangenschaft bleiben sollte. Ich überlegte alle meine Hilfsmittel, dann über jede Möglichkeit, ohne daß sich mir eine Aussicht auf sicheres Entkommen offenbarte; hingegen fürchtete ich eine weit strengere Haft, wenn mein Fluchtversuch mißglückte. Ich dachte an einige Freunde, von denen ich Hilfe hoffen durfte — aber wie sie von meiner Lage in Kenntnis setzen? Endlich verfiel ich auf einen Plan, der schlau genug angelegt war, um gelingen zu können.

Als der Superior zurückkehrte, war in seinen Mienen nichts von der Freude zu sehen, die der Überbringer einer guten Nachricht zu empfinden pflegt. Ich sprach mit dem Herrn Polizeipräsidenten, berichtete er, aber zu spät. Herr v. G. M. begab sich von hier sogleich zu ihm, und wußte ihn demnach gegen Sie einzunehmen, daß er mir eben den Befehl senden wollte, Ihre Gefangenschaft zu verschärfen. Als ich ihn jedoch genauer mit Ihren Verhältnissen vertraut machte, besänftigte er sich und lachte sogar über die Güte des alten Herrn. Dann teilte er mir mit, daß Sie noch sechs Monate hier verweilen müßten, da der Aufenthalt dazwischen Ihnen nur von Nutzen sein könne, ich Sie aber gut behandeln möge.

Während seiner langen Erzählung war mir Zeit zu einer weichen Ueberlegung geblieben. Es wurde mir klar, daß ich meine Absichten änderte, wenn ich allzu heftiges Verlangen nach meiner Freilassung aussprach. Ich sagte ihm also, daß seine gute Meinung mir zum großen Trost gereiche, und daß ich mit freierwilliger Miene, mir eine Gunst zu gewähren, die für niemand Bedeutung habe, aber viel zu meiner Veruhigung beitragen; er möge einen meiner Freunde, einen frommen Priester der in Saint-Sulpice lebe, von meinem Aufenthalt in Saint-Lazare in Kenntnis setzen lassen und erlauben, daß er mich zuweilen besuche.

Diese Begünstigung wurde mir gern zugestanden. Sie handelte sich um meinen Freund Tiberge; nicht daß ich gehofft hätte, er würde mir zu meiner Befreiung behilflich sein, aber ich wollte mich seiner als vermittelndes Werkzeug

bedienen, ohne daß er sich dessen bewußt war. Mein Plan ging dahin, an Lescaut zu schreiben und ihm sollte unsere gemeinsamen Freunde mit der Sorge zu betrauen, mich zu befreien. Da Tiberge ihn aber als den Bruder meiner Geliebten kannte, fürchtete ich, er würde diesen Auftrag nicht übernehmen. Ich beschloß also, meinen Brief an Lescaut in einem anderen an irgendeine ehrenwerte Persönlichkeit gerichtet einzuschließen, die ich hat, denselben weiterzubefördern. Da ich näherer Verbindung halber einer Zusammenkunft mit Lescaut bedurfte, bot ich ihm, in der Eigenschaft meines älteren Bruders in Saint-Lazare zu erscheinen, und als solcher um eine Unterredung mit mir zu bitten, indem er eigens nach Paris gekommen sei, um Einflüster in meine Lage zu nehmen. Mit ihm wollte ich dann die besten und sichersten Mittel zur Flucht besprechen. Der Superior benachrichtigte Tiberge von meinem Verlangen nach seinem Besuch. Dieser treue Freund hatte mich nie so weit aus den Augen verloren, um nicht von meinem Abenteuer unterrichtet zu sein; er wußte, daß ich mich in Saint-Lazare befand, vielleit aber behaupte er diese Schmach, die mir widerfahren, nicht einmal, indem er hoffte, sie würde mich auf den Weg der Pflicht zurückführen.

Bald sah ich ihn in mein Zimmer treten. Unsere Unterredung war sehr freundschaftlich. Er wollte von meinen Plänen hören — ich teilte ihm alles mit, ausgenommen meinen Fluchtplan. In seinen Augen, sagte ich, will ich nicht als das gelten, was ich doch nicht bin. Wenn du glaubst, hier einen tugendhaften, in seinen Wünschen müßigen Freund zu finden, einen durch die Strafe Gottes bekehrten Sünder, mit einem Worte ein Herz, das von der Liebe geheilt und von Manons Ketten abwendig gemacht ist, so hast du mich zu günstig beurteilt. Du siehst denselben Menschen vor dir, den du vor vier Monaten verurteilt — immer noch von zärtlicher Liebe erfüllt, und immer noch durch diese unglückliche Leidenschaft unglücklich gemacht, in der allein ich mein Glück suche!

Er äußerte sich dahin, mein Gefändnis sei nicht zu entschuldigen, und es gäbe viele Sünder, die sich an dem trügerischen Glück des Asketen demachen herausgibt, daß sie es offensichtlich dem edlen Glüd der Jugend vorzögen. Sie aber hingen wenigstens an Trugbildern des Glücks, und seien Opfer ihrer Täuschung; ich hingegen erkenne selbst, daß der Gegenstand meiner Neigung nur dazu diene, mich unglücklich und schuldbeladen zu machen, folge aber trotz dieser Erkenntnis fort, mich aus freiem Willen in Anglüd und Verbredien zu stürzen, und dieser Widerspruch zwischen meinen Gedanken und meinem Benehmen mache meinem Verstande keine Ehre.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Sie w

In der Halle der Berliner Arbeiterkongress...

Die Bor

Mobilis

hörer

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Die C

Aus dem kommunistischen Herenkessel Sie werfen sich gegenseitig aus dem Parteihäusen heraus

In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der S.A.P.D. stellte der Berliner Vertreter Friesland den Antrag, den vor einiger Zeit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Parteivorstand Brandler als Mitglied der Zentrale abzusetzen, da die Partei mit seiner Haltung vor Gericht nicht einverstanden sein könne. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Parteitag zu überweisen. — Auf der Tagung des Parteibelegs Berlin-Brandenburg kam es ähnlich wie in der Sitzung des Zentralausschusses zu heftigen Auseinandersetzungen über das Ergebnis des Moskauer Kongresses der Dritten Internationale, in dem von der „Kette Fahne“ veröffentlichten Bericht Friesland mit Namen nicht genanntes Mitglied, der „Genosse M.“, als Diskussionsredner eine besondere Rolle. Er sprach mit ausnehmender Schärfe gegen die sogenannte Rechte Opposition und verlangte, daß, wer sich nicht einmündig für die Anerkennung der Moskauer Beschlüsse entscheidet, auf dem Parteitag aus der Zentrale hinausgeworfen werden müsse. Einige Delegierte hielten den Mut, dem geheimnisvollen „Genossen M.“ vorzumischen, daß er zu „aktiv“ eingestellt sei, und ihn zu bitten, seine unabweislichen großen Fähigkeiten zu etwas anderem zu gebrauchen als zu Parteierklärungen. Trotzdem wurden die von dem „Genossen M.“ vorgelegten Entschuldigungen, die sich sehr stark gegen die bisherige Opposition in der Partei aussprechen und ihren Anhänger jede Solidarität mit dem aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Levi sowie jede sonstige Sonderbehandlung verbieten, mit großer Mehrheit angenommen: Abänderungsanträge des Delegierten Friesland, der an sich schon als besonders radikales Mitglied gilt, wurden abgelehnt.

Die Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre Mobilisierung ehemaliger Marineangehöriger für staatsfeindliche Zwecke

Dr. Weisbrunn, 9. Aug. Marinetaq. 700—800 frühere Angehörige der Reichsmarine haben hier eine Zusammenkunft veranstaltet, um das Stiftungsfest des Vereins ehemaliger Seemänner zu begehen. Die Festrede hielt der frühere Marineoberstabsarzt Dr. Frhr. v. Sauerl, der u. a. ausführte, die Marine sei hauptsächlich für die Revolution verantwortlich gemacht worden und vielen ihrer ehemaligen Angehörigen sei das wirtschaftliche Fortkommen dadurch erschwert. Über 90 Prozent der Marinemannschaften hätten ihre Schuldigkeit getan und die anderen zum größten Teil ihr Erbecht eingeleitet. Der Treubruch dieses Landes gelte der Arbeit und Einigkeit für eine bessere Zukunft des Vaterlandes. Freigantkapitän a. D. Müller-Palm erinnerte an die Großtaten der Marine. Nach der Entfernung von Tirpitz habe es aber keine klare Politik des Kriegswillens mehr gegeben. Die jetzige Marine sei klein, aber von alten Weisheit besetzt und finde nach anfänglichen Misstrauen auch wieder eine bessere Aufnahme.

Die Ernennungen in Norddeutschland

Nach dem preussischen Saatenstandsbericht sind viele Hoffnungen auf einen bestrebenden Verlauf der Ernte infolge Witterung stark herabgemindert worden. Die größte Enttäuschung ergibt sich für Kartoffeln, Futterpflanzen und Weizen. Bei vielen Fruchtarten ist Noternte eingetreten. Nur in wenigen Fällen wird der Stand der Getreide- und Spätkartoffeln als günstig bezeichnet. Ein durchdringender Regen würde für viele Früchte gutes bringen, bei Kartoffeln allerdings auch frühe Knollenansätze zur Folge haben. Es ergibt sich also auch hier das gleiche Bild wie bei uns in Baden.

Badische Politik

Am 16. Juli hielt der Minister des Innern im Auftrage des Staatsministeriums in Waldshut eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden des Zollausflugsgebietes ab, zu der auch Vertreter anderer Ministerien, des Landesfinanzamtes und der örtlichen Verwaltungsstellen erschienen waren. Nach der sogenannten Aktionsausweisung für den wirtschaftlichen Anschluss dieses Gebietes an die Schweiz hatte Gelegenheit zur Teilnahme erhalten. — Bei der Besprechung kam klar zum Ausdruck, daß die Bevölkerung der in Frage kommenden Orte Fetschen, Altenburg, Rottweil, Kallersweil und Dettighofen in ihrer Gesamtheit den Bestimmungen des genannten Aktionsgesetzes fernsteht, daß aber auch die badische Regierung nicht gewillt ist, Bestimmungen, die letzten Endes auf eine Lösung von badischen Lande hinführen, zu bilden. Die Hoffnung einzelner Kreise, es könnten lokale Bestimmungen Unterstützung bei der Schweizer Bundesregierung finden, wurde unter Hinweis auf das teils korrekte Verhalten des Bundesrats als gänzlich unbegründet bezeichnet.

Die letzten der zahlreichen erschienenen Gemeindevertreter vorgebrachten Wünsche, welche sich aus der Lage des Zollausflugsgebietes und aus dem im Grenzgebiet besonders drückenden Valutaverhältnissen ergeben, sollen soweit als möglich berücksichtigt werden. Festgestellt wurde aber dabei, daß schon bisher viel in dieser Richtung geschehen und die gesamte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung dieses Grenzgebietes keinesfalls schlechter ist als die der übrigen Bevölkerung dieses Landes.

Gewerkschaftliches

Internationaler Metallarbeiter-Kongress Luzern, 9. Aug. Am Montag um 2 Uhr nachmittags eröffnete der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, Konrad Lig-Bern, Präsident des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, den voraussichtlich bis Freitag dauernden Kongress. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Bund vor 30 Jahren in Zürich gegründet wurde und begrüßte die 56 Delegierten, die sich folgendermaßen auf fünfzehn verteilte Länder verteilen: Belgien 4, Dänemark 2, Deutschland 12, England 10, Frankreich 1, Holland 2, Italien 1, Österreich 5, Luxemburg 2, Polen 1, Norwegen 3, Tschechoslowakei 5, Ungarn 2, Schweiz 5. — Kirchsörner, Bern, vom Schweizerischen Metallarbeiterverband, dankte für die Ehre, die dem Verband durch den Kongressbesuch zu teil wurde, wonach die Schweiz das Internationale Sekretariat zu übernehmen habe, um die wegen des Krieges entstandenen Differenzen auszugleichen. Nationalrat Grimm-Bern übermittelte den Willkommensgruß der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Er betonte das enge Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei seit Bestehen des Verbandes und bemerkte, daß die politischen Verhältnisse der Schweiz mit ihrem Referendum und Initiativrecht diese Zusammenarbeiten bedingen. — Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß an den russischen Metallarbeiterverband keine Einladung ergangen sei, da dieser dem Bunde nicht angehöre, und der Ausschuss beschließen habe, nur Verbände einzuladen, die der letzten Internationale nicht angehören. Nach Kenntnisnahme eines in geäußerten Töne gehaltenen Briefes des russischen Metallarbeiterverbandes ging die Versammlung ohne Debatte zur Tagesordnung über. Der Kongress beschäftigte sich in der

Programm-Kritik

Von R. G. Haebler

Le roi est mort — vive le roi! Der König ist tot, es lebe der König! Schneller ist wohl kaum je ein Weisen, kaum ins Licht des Tages getreten, eines frühen Todes gestorben als der neue Programmtext. Oder sollte es noch Gläubige geben, die an die Lebensfähigkeit dieses Werkes glauben? Nach hat kein Vertreter der Welt betreten und schon ist das Schicksal dieses Entwurfs besiegelt. Ueberraschungen wird es kaum geben, denn in der ganzen Parteipresse ist Ablehnung, mindestens föhliche Aufnahme festzustellen. Nur die bürgerliche Presse katstet Beifall — Grund genug für jeden Sozialisten, mißtrauisch zu werden.

Und doch muß eines gesagt werden: sachlich läßt sich gegen das, was gesagt wird, vom Standpunkt eines entwicklungsge mäÙ denkenden Sozialismus nichts einwenden. Man wird, an und für sich, jeden Punkt unterschreiben können. Es ist zweifellos in dem Entwurf eine Menge Sachkenntnis, wissenschaftliche und realpolitische Wahrheit. Die Fehler dieses Entwurfs liegen nicht in dem, was er sagt, sondern dort, wo er nicht sagt, wo er schwieg — obwohl hier zu sprechen das erste und wichtigste wäre. Der innerste Grund dieser Erscheinung liegt ganz gewiß darin, daß dieses Programm nicht ein Programm, sondern ein Leitfadens ist. Eine Aufzählung alles dessen, was irgendwie sozialistische Forderung sein kann. Eine Disposition über das Thema: Was erreicht die Sozialdemokratie? Ein Bartrag in Leitfäden. Ein von Sachverständigen ansgearbeitetes Gutachten, korrekt, gründlich, beweisbar und — langweilig. Das alles ist gut und schön und an seinem Platz auch notwendig. Aber es ist nicht das, was die sozialistische Bewegung heute braucht. Heute mehr denn je!

Was gab uns das Erfurter Programm? Zunächst: es wuchs heraus aus einem in sich geschlossenen einheitlichen Zukunftswillen. Es hatte einen ganz klaren festen Punkt, um den es rotierte, ein Weltbild, der Kosmos der Arbeiterchaft: Marxismus. Es gab seinen Anhängern ein geschlossenes Bild des gesamten Lebens; bei aller Betonung des Wirklichen doch aus einer großen Idee herauskristallisiert. Deshalb hatte es jene innere Kraft, die jedes lebendige Glaubensbekenntnis noch je gehabt hat. In ihm entflammten sich Herzen und Willen derer, die aus ihm selbstige und reale Kräfte sahen. Es gab ihnen ein Bild der Welt, nicht nur wie sie ist und wie sie vielleicht bei günstigen politischen Verhältnissen in der nächsten Zeit sein kann, sondern schließlich ein Bild der Welt wie sie sein soll. Ein Bild, das ein Ziel bedeutet für jeden Einzelnen und für alle. In diesem Bild lebte die Arbeiterchaft ihr bestes, schönstes Leben schon jetzt; ihnen war es Glaube, Hoffnung, Zuversicht und kämpferischer Wille in die Gegenwart und Zukunft hinein. Darin beruhte der tiefste Wert des Erfurter Programms, ganz gleichgültig, ob es nun in diesem oder jenem Punkt wissenschaftlich oder realpolitisch ganz richtig sah.

Nun ist freilich kein Zweifel: das Erfurter Programm ist überholt. Nicht nur durch die Revolution, durch die Republik, durch die politischen Erregungszustände, es ist auch seinem geistigen Inhalt nach überholt. Sein Kernpunkt, der orthodoxe Marxismus, ist heute nicht mehr möglich. Er ist mit dem ganzen Intellektualismus des 19. Jahrhunderts zu Grabe getragen worden. Was an ihm ewig ist, besteht heute noch; aber auch dies unter neuen Gesichtspunkten. Vieles aber, was im Erfurter Programm noch wesentlich war, kann heute nicht mehr die tragende Kraft sein. Wir gehen heute — täuschen wir uns nicht — einer Zeit entgegen, die viele entscheidende Dinge anders sieht als die letzte Generation. Wer mit aufmerksamen Blick hineinschaut in die Welt des Geistigen, in Kunst und Dichtung, in Philosophie und Religion, der weiß, daß hier

Wende ist zwischen Gestern und Morgen. Der Geist des 19. Jahrhunderts ist durch den Weltkrieg, dessen letztes und deutliches Symbol dieser war, heute innerlichst erledigt. Neue Geister bereiten sich vor, auf die Erde nieder zu steigen. Neue Begriffe bilden sich, neue Inhalte und Formen des Lebens und des Glaubens an das Leben wollen heraus aus Gestade der Wirklichkeit. Ein großes Suchen ist in der Menschheit und Führer und Propheten tauchen auf, bei uns in Deutschland genau so wie in anderen Ländern. Es genügt vielleicht das eine Wort: Jugendbewegung, um zu zeigen, wie sehr hier alles einem irgendwie Neuen zustrebt. Und das gilt nicht nur von der Welt der Kunst und des Religiösen, wo es sich naturgemäß zunächst am deutlichsten zeigt, es gilt auch von der Welt des Sozialismus.

Deute ist bereits der Begriff Sozialismus kein rein wirtschaftlicher Begriff mehr. Mit der nur wirtschaftlichen Begründung des Sozialismus, so wichtig und wesentlich sie auch ist, erzielt man keine tiefgreifenden Wirkungen; ganz abgesehen davon, daß das wirtschaftliche Problem Sozialismus heute ein viel differenzierteres ist als vor dreißig Jahren. Die wirtschaftliche Entwicklung hat heute ganz andere Probleme geschaffen als einst, da der Kapitalismus noch einfach und übersichtlich war. Aber diese technischen Schwierigkeiten wären die geringeren; sie fallen nicht ins Gewicht. Deute will der Gedanke des Sozialismus tiefer, absoluter, grundsätzlicher gedacht werden. Nicht mehr nur als eine Folgerung aus der ökonomischen Geschichtsauffassung heraus wird Sozialismus heute; seine Quellen liegen für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft anderswo: eben im Absoluten, im Eitlichen, im Religiösen. Nicht als ob all das Wirtschaftliche, das Reale und Materielle, das Politische nun nicht mehr da wäre, als ob es keine Rolle mehr spielen dürfte, als ob es Nebenache werden sollte — davon ist keine Rede. All das bleibt, ist da und muß da sein. Aber es ist nicht mehr das Erste. Es ist nicht mehr Ursache schlechthin, sondern Folge und Wirkung. Im Vordergrund steht das Neue, Große, Heberkältigende: der Glaube. Damit hat der radikale Sozialismus seine wahrhaften Anhänger gewonnen? Durch die eifernde Verkündigung der frohen Botschaft des Sozialismus. Dadurch daß er von aller realpolitischen Weisheit bewußt abrückte und das absolute Ziel verkündigte. Und deshalb verliert er heute seine Anhänger, weil er Realpolitik macht im Sinne einer unfruchtlichen Opposition mit allen Mitteln. Aus unsern eigenen und fremden Fehlern lernen: das ist auch hier die Aufgabe des Weisen.

Was bedeutet das für das künftige Programm? Einmal: es muß die tiefsten Kräfte der Gegenwart aufspüren, und diese wollen hin zu einer neuen Menschengemeinschaft. Es muß ein Ziel sein, an das man glauben kann, fanatisch, inbrünstig, demütig, kämpferisch; gleichviel mit welchem Temperament. Es muß dem Schönen des Proletariats Ausdruck geben, darum muß es den bestreuten Menschen in die Wirklichkeit kommender Welt hineinstellen. Es muß scharf und unbittlich sagen: hier stehen wir, im Kampfe gegen eine Welt von Feinden. Es muß liebend und grüßend umarmen alle, die unter gleichen Not leiden auf der ganzen Welt. Es muß das Morgenrot des großen Friedens verkünden. Es muß Flamme sein, Aufruf, Begeisterung. Und dann kann und soll es schlicht und knapp die Ziele und Wege weisen, die heute gesehen werden können in all dem Seienden zum Seinollenen hin; klar und unangreifbar sagen: das fordern wir für uns, jenes für unsere Kinder. Bester Wirklichkeit zu wollen, wäre vermessend. Wollen kann man nur zweierlei: das Mögliche und das Unendliche. Seides ist das Programm.

Kleine Nachrichten

- Büdingen.** Die Gendarmerie beschlagnahmte 3/4 Zentner Butter, welche verhöben werden sollte. Die Butter wurde unter die Bevölkerung verteilt.
- Landstuhl (Pfalz).** Das Landstuhler Moor ist von einem größeren Schadenfeuer heimgesucht worden, das auch auf die feuchten Torfmoore übergriff, die weit über hunderttausend Zentner umfassen.
- Wemmingen.** Dienstag abend entzünd im Anwesen des Kaufmanns Kerler infolge einer Rezipitaktion ein Brand, der acht Häuser zerstörte. 60 Personen sind obdachlos.
- Unterhausen (Württ.)** Durch Feuer sind hier zwei Wohnhäuser samt Schuppen und Scheunen in Schutt und Asche gelegt worden. Die geistig nicht normale Besitzerin eines der abgebrannten Häuser hatte das Feuer gelegt.
- Chingen a. D.** Die Ueberlandzentrale der oberchwäbischen Elektrizitätswerke ist infolge Kohlenmangels und Betriebsstörung zum Stillstand gekommen und kann in der nächsten Zeit keinen Strom liefern, so daß ganz Oberschwaben ohne Licht und Kraft ist.
- Matz.** Der Zustand der Buchdrucker dehnt sich auch über Mainz hinaus aus. Die Mainzer bürgerlichen Blätter geben eine gemeinsame Zeitung heraus und nur die sozialdemokratische Zeitung erscheint unbeeinträchtigt weiter. In Worms sind die Buchdrucker gleichfalls in den Ausstand getreten. Auch dort befallen sich die bürgerlichen Blätter mit der Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes. In Wiesbaden ist der Ausstand ausgebrochen.
- Worms.** Zu dem gemeldeten Miesbrand auf dem Altrhein wird noch weiter berichtet, daß bereits Millionenwerte vernichtet sind. Seit 10 Tagen kämpfen die Bewohner von Eich vergeblich gegen das Feuer. Alle Versuche, den Brand zu löschen, sind bisher gescheitert.
- Mainz.** In den vier öffentlichen Säulern, die für die farbigen Franzosen in Mainz eingerichtet wurden, befinden sich laut amtlichem Bericht 17 Mädchen, von denen jedes täglich 40 bis 50 Zigaretten zur Verfügung sein mußte; an Samstagen und Sonntagen sogar 70 bis 80.
- Groß-Gerau.** Das Finanzamt beschlagnahmte bei Eintwohnern der hiesigen Umgegend in fünf Fällen insgesamt 230 000 Mark wegen Steuerhinterziehung.
- Frankfurt.** Ein riesiger Brand wütet am Altrhein bei Eich. Hunderte von Morgen stehen in Flammen, die Schiffs- und Torf ergriffen haben. Bis jetzt ist die Lösung des Brandes noch nicht gelungen.
- Koblenz.** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat fünf Kommunisten wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsmacht ausgewiesen.
- Kreuznach.** Da die ausländischen Arbeiter einer Firma die Arbeit am Samstag nicht wieder aufgenommen haben, hat der Arbeitgeberverband für das Metallgewerbe sämtliche Metallarbeiter in Kreuznach gesperrt.
- Berlin.** Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten in München

Aus der Partei

1. Kreisheim, 10. Aug. kommenden Freitag abend halb 9 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Parteibersammlung statt. Die Genossen werden gebeten, für gütlichen Verlauf zu sorgen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wie mit Abfallkohle Beitrag verübt wird

Schiebungen mit Abfallkohle, bei denen einige hunderttausend Mark verdient worden sind, führten den Kaufmann Alfred Müller aus Charlottenburg vor das Schoungericht des Landgerichts 2 in Berlin. Mitangeklagt waren die Kaufleute Julius Neustadt, Gustav Nitzschel und Hermann Poenide. Der Angeklagte, der wegen dieser Voruntersuche entlassen worden war, war früher bei der Kohlenfirma Schilling als Geschäftsführer tätig gewesen. Bei der Steinkohlenaufbereitung ebenso wie bei der Britletsfabrikation entstehen große Mengen minderwertige Abfallkohlen, sogenannte Baischerkohlen, Lehmbergkohlen und Klärteichkohlen, die in Friedenszeiten überhaupt nicht verwendet, sondern auf haben gebracht wurden. Anstelle der Kohlenanpfeht machte man mit diesen in vielen Millionen von Tonnen vorhandenen Abfallkohlen Versuche und fand, daß diese, in Verbindung mit anderer guter Kohle, noch sehr gut brannten und deshalb ein brauchbares Ersatzmittel darstellen. Der Angeklagte Müller bezog nun ohne Erlaubnis der Kohlenstelle diese Abfallkohlen in Kohlen von je 30 000 Tonnen, und zahlte 27—30 M pro Tonne. Unter Mitwirkung der Mitangeklagten verkaufte er diese Kohlen mit einem enormen Aufschlag von 62—90 M je Tonne, das heißt circa 80 Prozent Gewinn. Staatsanwaltschaftsrat Gens hielt die Angeklagten des Wuchers und des Kettenhandels für überführt und beantragte gegen Müller 20 000 M Geldstrafe und Einziehung von 100 000 M, gegen die übrigen Geldstrafen bis zu 500 M. Das Gericht erklärte gegen Müller auf zwei Wochen Gefängnis, 10 000 M Geldstrafe und Beschlagnahme von 100 000 M Uebergewinn, gegen die übrigen auf Geldstrafen bis zu 500 M. Gegen die Beisitzeranten der Kohlen schwebt ein besonderes Strafverfahren.

Vom Wetter. Nach der fast ausichtslosen Trockenheit und Hitze der letzten Tage trat gestern nachmittag die so sehr erwünschte Abkühlung durch Gewitter und Regen ein. Das Gewitter, begleitet von mehreren heftigen Blüschlägen, entlud sich über Karlsruhe, doch waren die Niederschläge nicht von Bestand und schon um 1/2 Uhr zeigte sich wieder der blaue Himmel und die Sonne lachte durch das sich verzehende Gewölke. Leider besteht keine Aussicht, daß der heute nacht und heute früh einsetzende spärliche Regen von Bestand ist.

Wie mitgeteilt wird, hat der Fluß im Anwesen des Barje-witzschen Sägewerkes, Marienstraße 60, in das Kamin eingeschlagen. Ein sogenannter kalter Schlag hat denselben auf eine Länge von 15 Metern aufgerissen, so daß es außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Einwohnerzahl. Nach den Monatsberichten des städtischen Statistischen Amtes zählt Karlsruhe am 31. März 1921 137 173 Einwohner.

Achtung, Wette! Wie in einer Bekanntmachung darauf hin- gewiesen wird, sind durch eine Ergänzung der Weinsteuer-Aus- führungsvorschriften die Wette und Kleinveräußer, die ledig- lich inländ. Wein vom Faß veräußerten, gewisser steuerlichen Überwachungsmaßnahmen unterworfen worden. Diese Wette und Kleinveräußer müssen ihre Betriebe spätestens bis zum 1. September ds. Js. beim Hauptzollamt anmelden. Vorstände für die Anmeldungen sind bei dieser Stelle erhältlich.

Stadtgartenkonzert. Am Freitag, den 12. ds. Ms. 8-10 Uhr abends findet ein großes Konzert statt, ausgeführt vom „Musikverein Karlsruhe“; u. a. kommen Werke von Schubert, Bach, Wagner, Korczak und Strauss zur Aufführung.

Fußballwettkampf Wader-München - Weierheimer Fuß- ballverein. Man schreibt uns: Wie der F. C. Wader München mitteilt, tritt er am Sonntag mit kompletter Mannschaft hier an, da er am Sonntag gegen die Oberwaldkreismannschaft, L. u. Sp. Mannheim-Waldhof verpflichtet ist. Infolge der sehr starken Nachfrage nach Sitzplätzen hat sich der Weierheimer F. B. veranlaßt gesehen, eine weitere größere Anzahl Sitz- plätze zu schaffen. Da der Platz im Laufe des Som- mers gut ausgebaut worden ist, ist jedem Zuschauer der Über- blick über das Spielfeld leicht möglich. Vor dem Spiel der ersten Mannschaften werden sich die Phoenix- und Weierheimer Junioren in einem Privattreffen gegenüberstellen.

Krank mit hohem Fieber aufgegriffen wurde am 10. ds. Ms. vormittags 11 Uhr, in einem öffentlichen Abort ein junger Mann aus Mannheim, der hier Arbeit suchen wollte. Er wurde mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Wasserstand des Rheins

Schiffersfeld 95, gef. 8; Neßl 185, gef. 8; Marau 343; Mannheim 216, gef. 1 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 9. August. Der Besel des Adars weiß zur Zeit nur 70 Zentimeter auf.

Heidelberg, 10. Aug. Die nächste Schloßbeleuch- tung soll vorbehaltlich der Genehmigung durch die zustän- digen Stellen am Freitag den 22. August stattfinden; sie wird vom Verband Deutscher Wäldervereine veranstaltet.

Freiburg, 10. Aug. Auf der Rückreise von einem Sängerkon- zert führte Wälder Gustav Gansler zwischen Säckingen und Schopfheim aus dem Zuge und wurde sofort ge- tötet.

Heidelberg, 9. August. Allen Ansehen nach ist der Neubau des Heidelberger Personenbahnhofs auf viele Jahre hinaus ver- zögert. Die Eisenbahngeneraldirektion hat nämlich einen Plan ausgearbeitet, der die hässliche Erweiterung des jetzigen Aufnah- megebäudes im Personenbahnhof vorseht. Es ist beabsichtigt, das Gebäude so umzubauen, damit Schalterhalle, Verleihe, Gepäck- räume usw. wenigstens annähernd dem großen Verkehr ent- sprechen. Das jetzige alte Aufnahmegebäude soll in den Umraum einbezogen werden. Die Vorbereitungen für den neuen Heidel- berger Personenbahnhof waren bekanntlich vor dem Kriege schon ziemlich weit gediehen. Die bereits geschaffenen Anlagen, vor- allem diejenigen für die neuen Gleisführungen, liegen man- che Jahre tot da und sind vollständig verwittert. Finanzielle Gründe dürften maßgebend sein, den Neubau vorläufig nicht aus- zuführen.

Freiburg, 10. Aug. Zu der gemeldeten Flucht der Silberhändler aus dem hiesigen Unterwaldungsamt meldet die „Freiburger Zeitung“, daß die Flucht von langer Hand auf das Sorgfältigste vorbereitet war. Im Waderraum lag man heißes Wasser laufen, wodurch der Dampf ins Freie drang und den Aufseher veranlaßte, die in Zivilkleidung be- findlichen Häftlinge zu verlassen und nach dem Rechte zu sehen. Diesen Augenblick benutzten die drei Schieber, den Ge- fängnischef mit eigenem Schlüssel zu verlassen. Das Schloß machten sie dann von außen unbrauchbar und führten in dem bereitstehenden Kraftwagen der Grenze zu. Ein Gefängnis- aufseher ist unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung und Mithilfe bei der Flucht verhaftet worden.

Höfningen (Amt Donaueschingen), 10. August. Gestern nachmittag entlief zwischen Höfningen und Belsa im Barchen- wald ein Waldbrand, der, da alles ausgetrocknet ist, leicht hätte weiterwirken können. Leute, die auf dem Feld arbeiteten, alarmierten die Feuerwehre, welcher es gelang, den Brand noch auf seinen geringen Umfang beschränken zu können.

Donaueschingen, 10. Aug. In der Nähe der Stadtmühle ist das neunjährige Schindeln des Reggers Ehinger beim Baden ertrunken.

Ohltingen, 10. August. In Ohltingen bei Badolzell brach durch Kurzschluß gestern abend im Anwesen des Landwirts Ant. Schörl Feuer aus, das rasch um sich griff und den fast sämtlichen Getreide- und Futtervorräte zum Opfer fielen. Das Oelonomiegebäude ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf ca. 40 000 M. Bau den verbrannten Sachen war nur der geringste Teil versichert.

Karl (Amt Neßl), 10. Aug. Wie die meisten Wohlthätigkeits- anstalten leidet auch die hiesige Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische unter der andauernden Geldnotlage und befindet sich in einer großen Notlage. Die Rechnung für 1920/21 hat mit einem Fehlbetrag von 106 000 M. abgeschlossen. Da bei einem nur ein Zuschuß von 50 000 M. bewilligt hat, müssen

56 000 M. durch milde Spenden aufgebracht werden. — In neuester Zeit wurde in der Anstalt ein Kinderheim einge- richtet, in dem städtische Kinder Erholung finden können. Bis jetzt sind vier Gruppen karlsruher Kinder hier gewesen. Bei sechsmonatlichem Besuch können das Jahr hindurch 400 Kin- der das Ferienheim benutzen. Die Kinder genießen bisher gut. Pflegerinnen sind ihnen Missionar Stolz und Braum, die von fünf Kindergärtnerinnen bei ihren Arbeiten unterstützt werden.

Konstanz, 10. Aug. Gestern abend sind in Hegnau zwei Knaben, der Realschüler Anton Ruf und der Volksschüler Gebhard Waldvogel beim Baden ertrunken. Beide waren etwa 11 Jahre alt. Die Leichen wurden geborgen.

Vörsach, 10. Aug. Ein wegen Landesverrats (Industrie- spionage) verhafteter Schweizer Offizier sollte von hier nach Heidelberg verbracht werden. Der Gendarm benötigte, ent- gegen seiner Weisung, statt der Bahnlinie Vörsach-Leopoldsdorf, die Strecke Vörsach-Basel. Auf dem Basler Bahnhof erklärte der Verhaftete, er sei auf heimatischem Boden und brauche dem Gendarmen nicht mehr zu folgen.

Mannheim, 9. Aug. Der Markt macht zur Zeit einen recht karglichen Eindruck. Gemüse fehlt, Obst ist noch genug vorhanden, aber die hohen Preise machen es den meisten Frauen nicht möglich, einzukaufen. Allererst hört man die Klagen über die ganz unerträglichen Obstpreise. Auch an Kartoffeln mangelt es. Nur ein Händler hatte gestern zwei Stuppen Kar- toffeln zum Verkauf ausgesetzt, die er aber nicht auswiegen wollte, da sie angeblich schon verkauft waren. Da aber das Publikum eine drohende Haltung einnahm, sah der Händler sich gezwungen, seine Kartoffeln im Kleinen zu verkaufen.

Höfningen, 10. Aug. Aus russischer Gefangenschaft zurück- gekehrt ist in diesen Tagen als letzter Kriegsgefangener Linus Dörr. Er befindet sich seit Februar 1916 in Aufbruch bzw. Sibirien. Den Winter machte er zu Fuß nach Petersburg und von dort per Schiff nach Sibirien.

Wittenweier bei Lahr, 10. Aug. Beim Baden im Rhein ist er Grenzauflieger Otho Schumacher ertrunken.

Reinheim, 10. Aug. Auf der Linie Rimbach-Börsen- bach geriet ein Kleinwagen unter einen in voller Fahrt be- findlichen Güterzug. Ein Mann wurde sofort getötet und zwei Kinder wurden schwer verletzt, von denen eines ebenfalls gestorben ist.

Soziale Rundschau

Angehore Preissteigerung durch Ausfuhr wichtiger Rohstoffgüter.

Am 12. Juli hat der Reichsernährungsminister die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister hat die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach- folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus- land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die- selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fische erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

dieser Frage habe. Der württembergische Staatspräsident er- klarte dazu, daß er sich in dieser Frage die denkbar größte Zu- rückhaltung auferlegen müsse, umso mehr, als in Baden die Mei- nung verbreitet sei, Württemberg und speziell er (Staatspräsi- dent) habe Annexionsgelüste gegenüber Baden. Das müsse er allerdings sagen, nach sorgfältiger Überlegung der hier vor- liegenden Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse sei er nach wie vor überzeugt, daß eine engere Verbindung von Württemberg und Baden ein wirklich wirtschaftliches, finanzielles und ver- waltungstechnisches Bedürfnis sei. Er könne es nicht recht ver- stehen, warum in Baden aus den Kreisen verschiedener Par- teien, auch der Partei, der er angehöre (Demokratie), so starken Widerstand gegenüber diesen Bestrebungen sich geltend machen. Er betone, irgendwelcher Gedanke auch nur auf einem andern Wege, als dem der gütlichen Verständigung diese Vereinigung zu erreichen, liege der württembergischen Bevölkerung wie auch der Regierung vollständig fern.

Diese Äußerung des württembergischen Staatspräsi- denten ist durchaus erfreulich. Sie zeigt, daß man in füh- renden politischen und Regierungskreisen in Stuttgart etwas weitblickender ist als in anderen Lan- deskreisen. Wir hoffen auch, daß die Vereini- gungsfrage energisch weiter betrieben wird.

Die Franzosen nehmen Massenverhaf- tungen in Oberschlesien vor

W.D. Aofel, 10. Aug. In den Ostschlesien Aofel und Großschlesien nahmen französische Patrouillen Massenverhaf- tungen von Deutschen vor, so in vergangener Nacht in den Ostschlesien Großschlesien, Kleinhammer und Slawenitz. Die Verhafteten wurden nach Gleiwitz geschafft. Angesichts der Drohungen der polnisch gesinnten Bevölkerung flüchten die Deutschen.

Ein Mahnruf des Kreises Leobschütz an den Obersten Rat

11. Leobschütz, 11. Aug. An den Obersten Rat in Paris hat der deutsche Ausschuss in Leobschütz noch in letzter Stunde folgenden Mahnruf gerichtet: „Der Kreis Leobschütz hat sich bei der Abstimmung mit 99,63 Prozent der abgegebenen Stimmen für Deutschland er- klärt. Die Bevölkerung erwartet daher auf das bestimmteste, daß er ungeteilt bei Deutschland verbleibt, nachdem die Bräu- kerungen des Friedensvertrages gegeben sind, nämlich der Zu- sammenhang mit Deutschland durch die für Deutschland gün- stige Abstimmung der Bevölkerung Oberschlesien und Opeln ge- wahrt ist. Sie widerspricht auf das entschiedenste, daß auch nur eine einzige Ostschlesische Wälder Wälder gewährt wird, die dies in den jüngsten Tagen im Prager Parlament vor- brachten.“

Die Zustände in Polen

Berlin, 10. Aug. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Bromberg berichtet, ist in dem Gute Wdlig-Strußin eine Räu- berbande eingedrungen, die den Besitzer Albert Albrecht, dessen Frau und Schwiegervater, den Sohn des Lehrers, einen Knaben und eine Waise erschossen. Nur ein kleines sechs Monate altes Kind blieb verschont. Die Mörder haben die ganze Wohnung ausgeplündert.

Die Kämpfe mit dem Senat in Danzig

Berlin, 11. Aug. Wie die Blätter aus Danzig melden, wurde gestern nachmittag im Volkstag der Antrag der Mehrheitsfrak- tion auf Auflösung des Parlaments mit 62 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Nach Ablehnung des Antrages brachten die Sozialisten einen neuen Antrag ein, durch den dem Senat das Miß- frauen ausgesprochen wird. Der Volkstag wird am nächsten Dienstag über diesen Antrag Beschluß fassen.

Reichstag und Brotpreiserhöhung

W.D. Berlin, 10. Aug. Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit der Frage befassen, in wie weit die Brotpreiserhöhung, die Steige- rung der Milchpreise und die Auswirkung der Steuererhö- hung eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbei- führen wird, und inwieweit der bei der durch die Reparationen auf äußerste angespannte Finanzlage durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Diese Frage wird nicht ohne Beachten mit den Landesregierungen geregelt werden können.

Von den Steuerplänen der Reichs- regierung

Berlin, 11. Aug. (Privat.) Die „Post. Ztg.“ erfährt, daß im Kabinett der Gedanke erwogen wird im Anschluß an die Körperschaftsteuer eine Art Vorkriegssteuer des Reiches an den Sachwerten durch eine teilweise Kapitalisierung dieser Steuer durchzuführen und zwar etwa in der Weise, daß die Gesellschaften Gewinne ausgeben, die dem Reiche das Recht auf einen Anteil vom Ge- winn an den Liquidationsvermögen gewährt. Die Beschaffung über dieses Problem ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Generalfreik in Braunschweig?

Berlin, 11. August. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Braunschweig meldet, wird die dortige Arbeiterkammer wegen der Ansherrung in der Braunschweigischen Metallindustrie durch Flugblätter zum sofortigen Eintritt in den Generalfreik aufge- fordert. Oeffentliche Versammlungen werden zur Frage des Generalfreiks Stellung nehmen.

Vor einem Kampfe in der Berliner Holzindustrie

Berlin, 11. August. Verhandlungen zwischen den Berliner Holzarbeitern und der Berliner Holzindustrie sind wegen der Weigerung der Unternehmer, den Reichsmantelarif auch für Berlin anzuerkennen, als ergebnislos abgebrochen worden. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist infolgedessen mit einem schweren Kampf in der Berliner Holzindustrie zu rechnen.

Konflikt zwischen Regierung und Polizei in Braunschweig

W.D. Braunschweig, 10. Aug. Die braunschweigischen Polizeibeamten nahmen gestern in einer Versammlung Stellung gegen die Verfügung des Staatsministeriums, der alle nicht festangestellten Polizeibeamten, die dem Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ und ähnlichen Vereinigungen angehören, zu entlassen und fordern von der Regierung die Aufhebung dieser Verfügung. Auch der Beamtenrat erhebt in einer Ent- scheidung Protest gegen die Entlassung der 54 Polizeibeamten, die ungeschädlich sei. Der Protest ist dem Reichsministerium des Innern überandt worden. Die Angelegenheit dürfte auch die Landesversammlung beschäftigen.

Ein Brotkrieg in Stettin
 11. Stettin, 10. Aug. Ein Brotkrieg droht hier auszu-
 brechen; von der städtischen Ernährungsdeputation ist der Preis
 für ein 1800 Gramm schweres Markenbrot auf 4,20 M fest-
 gesetzt worden, während die Bäckermeister erst 4,70 M und jetzt
 beim äußersten Preis 4,30 M verlangten. Die Ernährungs-
 deputation heftig geklärt an dem Preise von 4,20 M festzu-
 halten. Die Bäckermeister beschloßen vom Freitag ab kein
 Markenbrot mehr zu backen.

Briefkasten der Redaktion.
 D. S. Wier, Wir bitten um umgehende Uebermittlung
 Ihrer Adresse, da wir Ihnen die ausführliche Antwort auf Ihre
 Anfrage schriftlich zugehen lassen möchten.
 M. S. in L. Der eingekamte Artikel eignet sich nicht für
 unser Blatt.

Bereinsanzeiger
 Bei 5 u. mehr Zeilen
 100, bei 1,50 die Zeile
 Werbeanzeigen sind unter dieser Rubrik keine Aufnahme.
 Karlsruhe. (Gemischter Chor Bruderbund und Volksgesang
 Weib.) Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft der Sängerinnen
 und Sänger sowie passiven Mitglieder in der „Stadt Karlsruhe“
 zwecks Uebergabe der Fahne. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Karl Speck von hier, Küchenmeister hier,
 mit Pauline Emmert von Frankfurt. Karl Lehmann von Ba-
 sel, Konditor hier, mit Maria Groß von hier. Dr. Julius Kö-
 nig von Offenburg, pr. Arzt in Freiburg, mit Marie Schilling
 von Mannheim. Walter Kupferschmid von Zell i. B., Ge-
 werbelehrer hier, mit Melanie Bentler von hier.
Geburten. Wittich, Vater Wilh. Weberhüter, Kaufmann.
 Angeborg Elfr. de Gudrun, B. Hans Zimmermann, Buchhän-
 deler. Bruno Alfred, Vater Oskar Nonnenmacher, Lechniker. Dora
 Emilie Johanna, Vater Gg. Frik, Schloßmeister. Irma, Vater
 Jakob Müller, Bäcker. Irma Leonie Anna, Vater Karl Welter-
 mann, Eisenbrecher. Hans Waldemar, Vater Otto Rohmann,
 Amtsgehilfe. Ludwig Karl Anton, B. Anton Kramer, Geiger.
Todesfälle. Johanna Burthorn, alt 48 Jahre, Ehefrau von
 Ewald Burthorn, Glaser. Peter Lindenmeier, Maurer, Ehe-
 mann, alt 29 Jahre. Lotte, alt 8 Monate, 10 Tage, Vater Karl
 Wächter, Eisenbahn-Schaffner. Hanna, alt 10 Monate, 16 Tage,
 Vater Julius Ghan, Kaufmann. Julie, alt 1 Monat 28 Tage,
 Vater Theodor Martin, Kantinenwirt. Wilhelmine Wehrend,
 alt 79 Jahre, Witwe von Erdmann Wehrend, Gutbesitzer. Ber-
 ner, alt 6 Monate 6 Tage, Vater Gg. Leon, Zahnmechaniker.
 Richard Benz, Schriftschreiber, Ehemann, alt 65 Jahre.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Ar-
 tikel, Politische Uebersicht und Rechte Nachrichten Hermann Sabel;
 für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der
 Partei, Gerichtszeitung und Heuiletton Hermann Winter; für
 Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos-
 senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele;
 für den Anzeigenteil Oswald Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Geschäftliches.
Wanzenvertilgung! Einer der widerwärtigsten Schwa-
 roker am Menschen ist unzweifelhaft die Wanze. Da sich dieses
 Ungeziefer außerordentlich schnell und stark vermehrt, so muß
 in einer gefährdeten Wohnung, wenn diese nicht vollständig ver-
 wangen soll, dem Insekt und seiner Brut mit einem durchgrei-
 fenden Mittel entgegengetreten werden. Als wirksames
 Vertilgungsmittel ist Kammerjäger Bergs Nicobal 1 und 2 an-
 zupreisen, das von der Drogerie Lang, Kaiserstr. 24 und Bittel-
 tas-Drogerie O. Fischer, Karlsruh. 74 zu beziehen ist. Das Mit-
 tel ist leicht anwendbar, vollkommen unschädlich und giftfrei.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Henko
 Henkel's Wasch-
 Bleich- Soda
 unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

STADTGARTEN
 Samstag, 12. August, 5-8 Uhr (nur bei gutem Wetter)
Wassersportliche Vorführungen
 (Karlsruher Schwimmverein)
Reigen, Schifferstechen, Wasserpantomime
KONZERT (Feuerwehrkapelle)
 Eintritt: 2 Mk. (Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige) einschl.
 Lustbarkeitssteuer, Kinder je die Hälfte. - Programm
 50 Pfg. Vorverkauf: Verkehrsverein und Schalter-
 kassen des Stadgartens. 1818

Die weltberühmten
Passionsspiele
 am 16. Juli
 ab jeden Mittwoch,
 Samstag und Son-
 tag, sowie an Feste-
 tagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr,
 Ende 7 Uhr. 1500 Sitzplätze. Höhe,
 Orchester, Orgel. 9000 Plätze. 5142
Freiburg i. Br.
 Prof. Dr. H. G. Grotzart, Freiburg i. B., Kaiserstr. 132, Fernruf 579.
 Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

Städt. Konzerthaus
 Donnerstag, 11. August
 7 bis geg. 10 Uhr. 4.12.20
Die Geisha
 Achtung! Achtung!
 Fassen Sie Ihr Glück!
**Grosse Wohlfahrts-
 Geld-
 Lotterie**
 zu Gunsten der
 Auslandsdeutschen

Danksagung.
 Für die aufrichtige Teilnahme an
 dem schweren Verluste meines
 lieben Bruders
Lorenz Kästel
 sage ich allen herzlichsten Dank,
 ebenso für die zahlreichen Krank-
 spenden. Besonderen Dank dem
 Volkeschor K. West' u. Gemischten
 Chor Bruderbund für die zu Herzen
 gehenden Grabgesänge, sowie dem
 Genossen Koch für den warmen
 Nachruf, den er dem Verstorbenen
 widmete. 5195
 Die trauernden Hinterbliebenen:
 i. A.: Michael Kästel, Forchheim.

Diplome, Sickenkränze
 Festabzeichen,
 Lose, Tauschzeichen, Eintrittskarten etc.
Bernhard Müller, Papierhandlung
 Telefon 5366 Karlsruhe Kaiserstr. 236/237

2 Zimmer von Wanzen
 zu reinigen nach höchster Methode kosten Mk. 25
 inkl. Behälter für die Wanzen, Gerate.
 Anfertigung erhalten Sie durch
Verfängerungs-Institut gegen Ungeziefer
F. Höllstern
 Karlsruhe Herrenstraße 5 Tel. 3106.
 Vergütungen der Zimmerwerd. nach wie vor ausgeführt

Frauenkrankheiten heilt ohne
 Operation
 System: Thure Brand
Robert Schneider, Berater der Natur-
 Erfahrung. Wundkuren sicheren Erfolg
 in ca. 2 Stunden (unschädlich). **Halmkuren**
 Sprechzeit: Früh bis 9 Uhr und 1-4 Uhr
 Kaiserstraße 40 - Telefon 1741

**Verband der Gemeinde- und
 Staatsarbeiter** Filiale
 Karlsruhe.
 Freitag, den 12. August, gleich nach
 Arbeitsruhe, außerordentliche
Mitgliederversammlung.
 im Lokal „Zum Elefanten“.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der Abstim-
 mung im Lande.
 2. Bericht über die Stellungnahme der Lohn-
 kommission.
 3. Bericht über die Verhandlungen mit der
 letzten Schiedsinstanz.
 Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung
 halber werden die Kollegen ersucht, pünktlich zu er-
 scheinen. Bei Ueberfüllung des Lokals Parallel-
 Versammlung im Garten. 5501
 Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Als bestes Erfrischungsgetränk empfehle
Apfelella
 aus Apfelwein letzjähriger Ernte her-
 gestellt und als weinähnliches Getränke
 versteuert.
 zu Mk. 1.80 die 1/2 Ltr.-Flasche
 zu Mk. 1.00 die 1/3 Ltr.-Flasche
 einschließlich Weinsteuer.
 Erhältlich in fast allen einschlägigen Ge-
 schäften, wo nicht, direkt zu beziehen von
B. Finkelstein
 Mineralwasserfabrik, Apfelmessingrosskeller
 Eishandlung 5427
 Rühlheimerstr. 10, Tel. 510 u. 2875.

Reisflüssigkeit
 bernachtet beräuhend
Johannist
 doppeltart, geruchlos
 in Whisky u. Brandy

Schreibkurse
 versch. Alter beginn.
 Fach schreibschule
F. Buck
 78 Lessingstraße 78.
 Erfolg jeder Hand!
 Auskunft u. Prosp.
 gratis. Telef. 1295.
 Fern-Unterricht!

1 Million Mk.
 Ziehung 5470
 18.-24. Aug. 1921
 Hauptgewinn 100 000 Mk.
 " 80 000
 " 70 000
 " 60 000
 " 50 000
 usw.
 Lose zum amtlichen
 Preis von 6 Mk.; für
 Porto und Liste 1,50 Mk.
 - 10 Lose gut sortiert
 60 Mk. versendet

Lotterie-Bank
Otto Schlender
 Hamburg 22
 Woldestr. 77.

Durlacher Anzeigen.
Konsumverein Durlach
 und Umgegend
 Wir empfehlen:
Schöne Frühkartoffeln
 Pfund Mark 1.10
 Guter Most per Liter Mark 3.-
 Schütz's Apfelsperre, fertiges Getränk
 unter Zusatz von Wasser, auch geeignet zur
 Verbesserung von Most
Kaffeebohnen per Pfund Mark - 90
Futtermittel:
 Mais, ganz, Maischrot, Weinsamentuchen
 ferner unsere unbertreffbaren
GEB-Seifen und Seifenpulver.
 Zum Zwecke der Rinseneintragung wollen die
 Sparbuchinhaber ihre Bücher im Büro oder in einer
 Verkaufsstelle abgeben.

Hausfrauen! **Kauft nur in Euerem**
eigenen Geschäft!
Der Vorstand.

Kohlen-Ausgabe.
 Sämtliche bei Josef Baumgärtner eingetragenen
 Kunden können am Donnerstag, den 11. August von
 nachmittags 1 Uhr ab 5 Zentner mitteld. Braunko-
 hlen-Breitens zum Preise von 18.10 Mk. je Ztr.
 ab Lager Kelterstraße erhalten. 1821
 Zufuhr vors Haus 0,90 Mk., frei Keller 1,40 Mk.
 je Zentner mehr.
 Durlach, den 10. August 1921.
 Ortskohlenstelle.

Kohlen-Ausgabe.
 Sämtliche bei Joh. Krumb Witt. eingetragenen
 Kunden können am Freitag, den 12. August von
 vormittags 7-12 und nachmittags von 4-7 Uhr
 3 Ztr. mitteld. Braunkohlen-Breitens zum Preise von
 18.10 Mk. je Ztr. ab neues Lager Kelterstr. erhalten.
 Zufuhr vors Haus 0,90 Mk., frei Keller 1,40 Mk.
 je Zentner mehr.
 Durlach, den 11. August 1921.
 Hauptkohlenamt. Ortskohlenstelle.

In einer Stunde **Garantie** **Reparatur**
Läuse
 in Bad. von der Angezeigter-Bettig. Anstalt Wien
 für 3 Berlin. ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt
 Professor G. Höllein, Herrenstraße 6. 1188

Blau **Arbeits-
 Anzüge**
Drill-Anzüge
Arbeits-Hosen
grau Tuch-Hosen
 in großer Auswahl
 zu billigsten Preisen
Levy
 An- und Verkaufsgeschäft
 Marktgrabenstr. 22.
 Telefon 2015. 1819

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
 liefert schnellstens
 Annahmestellen:
 Karlsruhe:
 Bernhardstraße 8
 Kaiserstr. 34 u. 243
 Gervillstraße 40
 Amalienstraße 15
 Waldstraße 64
 Wilhelmstraße 32
 Augustastr. 13
 Schillerstraße 18
 Kaiserallee 37
 Gabelsbergerstr. 1
 Rheinstraße 18
 Durlach:
 Hauptstraße 15. 1819

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen **Barzahlung**
 in folgender
 Ausführung den
 veränderlichen Zeitverhält-
 nissen in Bezug auf Preis
 und Formgebung
 angepaßt
 Verkauf gegen **Teilzahlung**
 bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badischer Baubund G.m.b.H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22.
 Gehaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157. 1819
 Tägl. geöffnet: vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr.

Die
 hat der
 seines
 mendig
 um sich
 „Pett
 nicht sic
 endgültig
 gebe best
 schließlic
 eine Anso
 losgelöst
 gestern u
 Diese ins
 zwar die
 Grenze f
 endgültig
 Rougeur
 man würd
 gen zum
 man muß
 gegen vor
 gefürcht
 allzujehr
 Auch
 11. A
 bereits an
 konferiert.
 Besprechun
 8.15 Uhr
 der Tat, d
 befähigte,
 Auffassung
 verblieben.
 Reie
 Die
 fassun
 1819
 in der Sta
 eine Rede,
 Stunde in
 auf den B
 Katalstrop
 jassung, die
 in dem sic
 tätige. Ger
 straffe dem
 ausstern
 Dier. Geben
 dem Beste
 und um die
 und leiden
 drängen.
 Sollte
 brüden der
 Festhalten
 wir das mo
 kommen wol
 und die las
 dieses Ziel
 Ziel und S
 des beuffe
 und die
 Weides
 der
 So findet d
 in der
 We
 all das Sch
 großen Ent
 sollen. Wer
 schau, wenn
 Sturz in den
 inneren Gär
 gleich stelle
 zwar langsa
 waren erst
 neuen Reich
 So wäre da
 Nationalverf
 alle Kräfte a
 Nach mo
 1918 begon
 licher Reuü